افغانستان آزاد ــ آزاد افغانستان

AA-AA

بدین بوم و بر زنده یک تن مسباد از آن به که کشور به دشمن دهیم چو کشور نباشد تن من مبـــاد همه سر به سر تن به کشتن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

يانهاى اروپائى European Languages

Von Ina Sembdner 14.04.2020

Auf gutem Weg

Ein Jahr nach dem Putsch im Sudan: Militär noch mächtig, juristische Aufarbeitung im Gange



Stringer/REUTERS

Protest am Rande einer Straßenblockade am 5. Juni 2019 in der Hauptstadt Khartum

Vor einem Jahr, am 11. April 2019, hatte sich der Druck der Massen auf Sudans Straßen in dem Maße erhöht, dass der Sturz des damaligen Präsidenten Omar Al-Baschir unausweichlich war. Begonnen hatten die Proteste im Dezember 2018 wegen der Verdreifachung der Brotpreise, schnell wurde daraus ein Aufstand gegen das herrschende Regime. Das Militär erkannte, dass Al-Baschir nach 30 Jahren nicht länger an der Macht zu halten war und putschte an jenem Donnerstag. Auch ein Jahr später hält es im Hintergrund die Fäden in der Hand, wenn auch ein paritätisch besetzter Übergangsrat aus Militärs und Opposition und mit Abdullah Hamduk ein ziviler Premier eingesetzt wurden.

Die juristische Aufarbeitung der unter Al-Baschir begangenen Verbrechen schreitet indes voran. Der Expräsident saß zunächst im Gefängnis Kober in Khartum – dort wo er selbst über Jahre politische Gefangene wegsperren ließ. Im Dezember wurde ein erstes Urteil gegen den 76jährigen gefällt: Wegen Korruption und dem Besitz unerlaubter ausländischer Währung wurde er zu zwei Jahren Hausarrest verurteilt. Noch im gleichen Monat erhob Generalstaatsanwalt Tadsch Al-Sir Al-Hibir Anklage unter anderem gegen Al-Baschir wegen der seit Beginn des Krieges in Darfur 2003 begangenen Verbrechen gegen nicht-arabische Bevölkerungsgruppen.

Im Februar einigte sich die Regierung mit den bewaffneten Oppositionsgruppen auf die Auslieferung Al-Baschirs an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, wo eine Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit bereits seit März 2009 anhängig ist. Am 31. März klagte ihn die Staatsanwaltschaft im Sudan schließlich auch wegen des Verstoßes gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Jahr 1989 an, als sich Al-Baschir gegen die demokratische gewählte Regierung an die Macht geputscht hatte.

Eine Reuters-Analyse vom 3. Juli 2019 beleuchtete die Hintergründe von Al-Baschirs Sturz. So hatte seine langjährige rechte Hand, der Chef des sudanesischen Geheimdienstes NISS, Salah Gosh, dem Präsidenten noch am Abend des 10. April versichert, dass die Massenproteste keine Gefahr für seine Herrschaft darstellten. Am nächsten Morgen waren seine Wachen jedoch durch Soldaten ersetzt und vom er sogenannten Hochsicherheitskomitee – Verteidigungsminister, Militärspitzen, Geheimdienst und Polizei – seiner Position enthoben worden. Möglich war das einem früheren Minister aus dem engeren Machtzirkel Al-Baschirs zufolge, weil die wichtigsten Verbündeten des Diktators, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), ihn hatten fallenlassen. An seine Stelle trat Geheimdienstchef Gosh.

Die VAE, die gemeinsam mit Saudi-Arabien den politischen Islam als wachsende Gefahr für ihre monarchistische Herrschaft bekämpfen, konnten in der diplomatischen Krise mit Katar im Sommer 2017 nicht mehr auf Al-Baschir setzen. Der stellte sich auf Druck seiner islamistischen Verbündeten im Sudan auf die Seite des Golfemirats. Entgegen anderslautender Zusagen an Riad und Abu Dhabi beschränkte er auch nicht den Einfluss der Islamisten in seiner Regierung. Als der Sudan im Oktober 2018 in eine Wirtschaftskrise abrutschte, verweigerten die VAE, die Al-Baschir zuvor noch mit Milliarden US-Dollar unterstützt hatten, ihm schließlich die finanzielle Hilfe.

Strippenzieher Gosh musste am 13. April 2019 als NISS-Chef zurücktreten und floh nach Ägypten. Generalstaatsanwalt Al-Hibir strebt seine Auslieferung an, um auch ihm im Sudan den Prozess machen zu können.

Junge Welt 11.04.2020